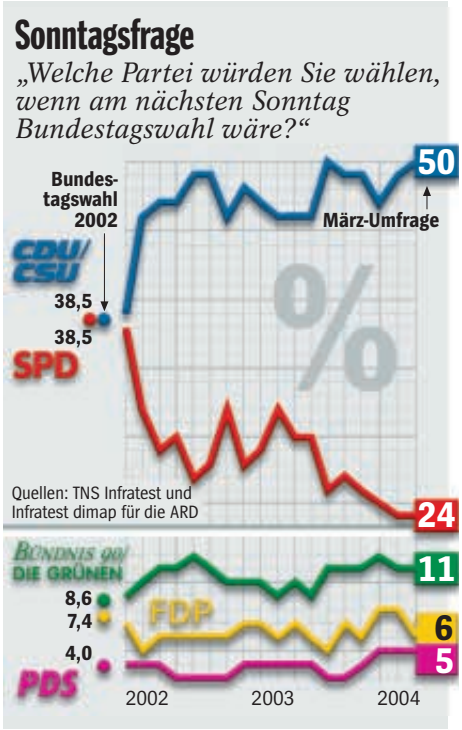
Christdemokraten Köhler, Merkel: *Die politische Szenerie in ein anderes Licht getaucht*

Gefährlicher Sieg

Nach der Kür der Präsidentschaftskandidaten werden die Umrisse einer bürgerlichen Reformregierung erkennbar. Ein Staatsoberhaupt Köhler und eine Kanzlerin Merkel würden das Land massiv verändern wollen. Viele in der Union allerdings lauern auf erste Fehltritte Köhlers, vor allem Roland Koch und Edmund Stoiber sinnen auf Revanche für ihre Niederlage.

Angela Merkel weiß, was das Publikum liebt – zum Beispiel Siegertypen. Zur Musik von „The Final Countdown“ bahnte sich die CDU-Chefin am Freitagabend bei ihrem ersten öffentlichen Auftritt nach der Kandidatennominierung einen Weg durch die Stadthalle Volkmarsen. Rund 2000 jubelnde CDU-Anhänger feierten die Vorsitzende beim traditionellen Heringsessen der nordhessischen CDU.

Genüsslich ließ sie sich mit ihren Fans fotografieren, gab Autogramme und gönnte sich ein großes helles Bier. Unter dem begeisterten Beifall ihrer Anhänger gab sie die Bescheidene: „Wir haben einen guten Präsidenten ausgewählt.“ Als der Applaus noch immer nicht enden wollte, schlüpfte sie endlich in jene Siegerpose, die die Menge erwartete: „Irgendwann werden wir mit jeder Popgruppe konkurrieren können.“



LAURENCE CHAPERON (L.); ULLSTEIN BILDERDIENST (R.)

IWF-Chef Köhler, Kanzler Schröder (2000) *„Fachliche Kompetenz“*

Schon daheim im politischen Berlin hatte sie den Tag danach genossen. In ihrem Abgeordnetenbüro studierte sie die Kommentare der Tageszeitungen. Einige schöne Zeilen lachten sie an: „Glückliche Notlösung“, titelte das „Handelsblatt“, „Merkels versteckter Joker“, meldete die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“, und die „Frankfurter Allgemeine“ verspürte gar den „Wind der neuen Zeit“.

Entspannt und angespannt zugleich sei sie, sagte sie im kleinsten Kreis. „Und natürlich erschöpft.“ Ihre Geduld und ihr Mut wurden mit einer Extraportion Glück belohnt, das ist ihr schon klar.

„Dafür gibt es keine Haltungsnoten“, sagt sie mit Blick auf das tagelange Gezerre. Doch mit dem Resultat, so die Hoffnung, erlischt der Prozess.

Es war nicht der erste, aber der am schwersten errungene Triumph der Angela Merkel – und der größte wohl auch. Was Altmeister Hans-Dietrich Genscher von seinen Sprösslingen in der FDP verlangt hatte, sie lieferte es – ein taktisches Meisterstück. „Sie muss jetzt zeigen, dass sie Beute machen kann“, hatte Unions-Fraktionsvize Michael Glos sie angefeuert. Die Parteichefin lieferte.

Versteckt hinter dem Namen Wolfgang Schäuble, der offiziell auch ihr Favorit war und damit wie eine Sichtblende ihre wahren Intentionen verdeckte, hatte sie die Chancen für eine Einigung zu ihren Bedingungen ausgelotet. Die Namen wechselten, das Ziel blieb: Merkel wollte einen Mann ihres Vertrauens auf das höchste Amt im Staate bugsieren, der den Aufbruch in eine Reform-Ära verspricht, ohne ihre Chancen auf die Kanzlerkandidatur zu schmälern.

Es sollte nicht irgendein Präsident sein, sondern ihrer: Merkels Mann, der an die Spitze vordringt, um beim Nachrücken die nötige Sicherheit zu verschaffen. Von unten drückt die CDU-Basis, so das Kalkül, von oben hilft künftig der erste Mann der Republik. So müsste sich 2006 die siebte Etage des Kanzleramtes, wo heute hinter dem großen Schreibtisch der nicht mehr ganz so große Kanzler Gerhard Schröder residiert, erklimmen lassen.

Was für Außenstehende wie ein Stück roher Machtpolitik erscheinen musste, könnte sich als Aufbruch in eine neue Ära erweisen. Nach wochenlangem Präsidentenpoker, bei dem gebrüllt und geblufft wurde und an dessen Ende ein kühl kalkulierter politischer Mord stand, konnte die CDU-Chefin der Öffentlichkeit einen Mann präsentieren, der zum Hinschauen einlädt:

Nicht der erste, aber der am schwersten errungene Triumph der Angela Merkel.

Mit Horst Köhler würde ein Ökonom an die Spitze des Staates berufen, der präzises Fachwissen mit Charme zu verbinden weiß. Für ein Deutschland in der wirtschaftlichen Dauerkrise (siehe Seite 52) ist er womöglich der richtige Mann zur richtigen Zeit am richtigen Platz.

Allein die Benennung Köhlers setzt den Schwerpunkt da, wo die Zeitläufte ihn erfordern: bei der Ökonomie. Sein Lebensweg (siehe Seite 36) führte ihn in jene globale Dimension, die der deutschen Debatte bisher fehlte. Dass er überparteilich anerkannt ist – immerhin hatte Gerhard Schröder ihn für den IWF-Chefposten vorgeschlagen –, muss bei der schwierigen Vermittlungsarbeit in Deutschland kein Hindernis sein. Einen unabhängigeren Kopf, frei von gewachsenen Loyalitäten, hat es an der Spitze dieses Staates wohl noch nie gegeben.

Nicht der langjährige Polit-Insider Wolfgang Schäuble, nicht der grün angehauchte Ex-Umweltminister Klaus Töpfer, nicht die katholische Bildungsbürgerin Annette Schavan, sondern ein Mann des Geldes hat beste Aussichten, schon in wenigen Wochen die Bundesrepublik Deutschland zu repräsentieren – und sie mit zu verändern.

Bereits die Nominierung hat die politische Szenerie in ein anderes Licht getaucht. Alle Hoffnungen des Kanzlers, er könne das christlich-liberale Lager in der Bundesversammlung spalten, sind zunichte. Verweht die kleine Chance, mit einer liberalen Kandidatin wie Cornelia Schmalz-Jacobsen Merkels Pläne zu durchkreuzen. Verstrichen die vage Gelegenheit, die CDU-Vorsitzende in der Kandidatenfrage stolpern zu sehen und die Merkel-Skeptiker in der Union zu ermutigen.

Schröders Kandidatin Gesine Schwan, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), ist eine Zählkandidatin der gehobenen Klasse, eine Verlegenheitslösung, deren Charme vor

PAUL GLASER

Präsidentensitz Schloss Bellevue in Berlin: *Die Namen wechselten, das Ziel blieb*

WOLFGANG MROTZKOWSKI

Berliner Gesprächsrunde*: *Szenen wie in einem Agententhriller*

allem darin besteht, dass sie nicht gleich als solche erkennbar ist (siehe Seite 32).

Die Vorteile liegen jetzt fast ausschließlich bei der CDU-Chefin. Alle anderen Akteure wurden zu Handlangern degradiert.

Den unbequemen Intellektuellen Schäuble, Merkels Vorgänger im Parteivorsitz, haben FDP und CDU im Duett entsorgt, ohne dass Merkel selbst Hand anlegen musste. Die Ära Kohl ist damit Geschichte. Nun kann auch Schäuble, der die Stunde seiner größten Niederlage im Präsidium der CDU ertragen musste, darangehen, seine Erinnerungen zu verfassen.

Merkels Rivale, der bayerische CSU-Chef Edmund Stoiber, verlor beim Zocken die Übersicht und musste der CDU-Frau bei der Kandidatenkür am Ende sogar assistieren. Er nannte Köhler am vergangenen Freitag einen „hervorragenden Mann“.

Nun heißt es: Bühne frei für einen politischen Technokraten, der öffentlich und wie im Zeitraffer zum Staatsoberhaupt reifen muss. Ein ganz normaler Präsident vom Typus Landesvater, wie ihn Johannes Rau und zuvor Walter Scheel verkörperten, wird er nicht werden wollen.

Er will verändern, gestalten, Widerstände brechen. Schon in seiner ersten öffentlichen Äußerung als Präsident in spe hat er klar gemacht, „was Deutschland jetzt vor allen Dingen braucht, nämlich einen Prozess der Veränderung nicht nur in der Wirtschaft“. Köhler dazu im SPIEGEL-Interview (siehe Seite 42): „Wir müssen die Leute ermutigen, Risiken einzugehen und auf Veränderungen positiv zu reagieren.“

Merkels Risiko: Für alle Fehltritte Köhlers, auf die ihre Gegner nun lauern, wird sie verantwortlich gemacht. Auch die Verschiebung im Koordinatensystem der Union – weg von der Sozialstaatspartei, hin zur Reformtruppe – wird mutmaßlich noch für Turbulenzen sorgen. Köhlers Ernennung ist auch ein gefährlicher Sieg.

Aus Sicht der erklärten Modernisierer in Union und FDP soll er der Vorbote einer neuen Ära sein, politisch und ökonomisch. Angela Merkel wünscht sich das Land dynamischer, wettbewerbsfähiger, auch aggressiver. Der Frau aus dem Osten schwebt nichts weniger vor als ein kompletter Umbau des Wohlfahrtsstaates, der 50 Jahre das bundesdeutsche Selbstverständnis prägte und den besonderen schwarz-rot-goldenen Nationalstolz begründete. Auf dem CDU-Parteitag in Leipzig verpflichtete sie ihre Partei auf ein Reformprogramm, dessen Tragweite viele Delegierte gar nicht überblickten.

Der Frau aus dem Osten schwebt nichts weniger vor als ein kompletter Umbau des Wohlfahrtsstaates.

Jeder Bundesbürger soll danach künftig eine einheitliche Gesundheitsprämie zahlen – gleich ob Chefarzt oder Sekretärin. Der soziale Ausgleich fände über Steuermittel statt. Der Anstieg der Lohnnebenkosten wäre gestoppt, eine der Hauptwachstumsbremsen beseitigt.

Die Durchschnittsrente soll auf absehbare Zeit bis dicht an das Sozialhilfeniveau sinken. Die Pflegeversicherung würde nach Merkels Vorstellungen auf Kapitaldeckung umgestellt, das Steuerrecht vereinfacht: kaum noch Ausnahmen, niedrige Sätze. „Das ist nicht mehr meine CDU“, stöhnte der langjährige Sozialminister Norbert Blüm.

„Das wäre eine Abkehr vom Vorbild des alten Bismarck“, sagt Merkel selbst. Doch sie will noch mehr: Auch die Tarifautonomie, ein Heiligtum der deutschen Gewerkschafter und Sozialdemokraten, würde unter einer Unionsregierung faktisch aufgebrochen, der Kündigungsschutz weitgehend gelockert.

Für sie ist wichtig, dass Köhler in den kommenden Wochen nicht als kalter Neoliberaler und Gewerkschaftshasser erscheint. Nur ein milder Sozialreformer könnte als Sendbote einer neuen Ära auch willkommen sein.

Präsidentenwahlen waren schon des Öfteren die Leuchtfeuer einer neuen politischen Zeitrechnung. Mit der Wahl des FDP-Politikers Theodor Heuss zum ersten Bundespräsidenten sicherte sich Konrad Adenauer 1949 gegen vielfache innerparteiliche Widerstände die Kanzlerschaft.

Auch zehn Jahre später kam es wegen des Präsidentenamtes zu heftigen Turbulenzen. Der CDU/CSU fehlten nur drei Stimmen zur absoluten Mehrheit in der Bundesversammlung, aber Heuss zierte sich angesichts Adenauers Plan, er möge nach einer Verfassungsänderung ein drittes Mal kandidieren. Da erklärte der CDU-Kanzler zur allgemei-

* Außenaufnahme der Wohnung von BDI-Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenberg am 2. März, während eines Essens der Christdemokraten Angela Merkel und Friedrich Merz mit der BDI-Spitze.

nen Verblüffung, er selbst wolle Präsident werden. „Ich wäre der beste“, so Adenauer damals gegenüber Parteifreunden.

Ein Machtkampf innerhalb der Union war die Folge, denn Adenauers Räumungsanzeige in eigener Sache brachte die jahrelang betonierten Machtblöcke ins Rutschen. Die Christdemokraten wollten nun Ludwig Erhard zum Regierungschef wählen. Mister Wirtschaftswunder schien Garant für hohe Zustimmung, hoffte man.

In Bayern hoffte man anders: Weg frei für Franz Josef Strauß, war die CSU-Parole der Stunde.

Der Mann, der den Machtpoker gestartet hatte, stoppte ihn wieder: Der Alte aus Rhöndorf fand Gedanken über seine Nachfolge im Kanzleramt „ungezogen“, wie der Publizist Gerd Bucerius notierte.

Also blieb Adenauer, was er war: der Regierungschef des Landes. In das Präsidentenpalais wurde der weitgehend unbekannte Landwirtschaftsminister Heinrich Lübke gewählt.

Auch Lübkes Wiederwahl war in politische Symbolik getaucht. Der Sauerländer blieb – aber die Mehrheit, die ihn kürte, hatte sich verändert. SPD-Chef Willy Brandt hätte gern eine rot-gelbe Koalition geschmiedet. Sein Widersacher Herbert Wehner aber organisierte die sozialdemokratische Zustimmung für Lübke und löste damit die Eintrittskarte für die Große Koalition.

Allerdings: Brandt bekam schließlich, was er wollte. 1969 wurde die Wahl des Sozialdemokraten Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten ein erster Testlauf. Im Herbst 1969 folgte der präsidialen Verlobungsfeier die sozial-liberale Ehe, die immerhin bis 1982 hielt.

Allen Präsidentschaftswahlen ging ein mehr oder minder peinliches Geschacher voraus. Das deutsche System, das eine Direktwahl des Staatsoberhaupts nicht kennt, lädt zum Tricksen im Hinterzimmer förmlich ein. Eine überwältigende Mehrheit der Bürger würde das gern ändern (siehe Grafik Seite 28).

Der offizielle Start des Präsidentenrennens war diesmal der 4. September. Eine Woche zuvor hatten Gerhard Schröder und Joschka Fischer verkündet, man wolle auch bei der nächsten Bundestagswahl gemeinsam antreten. Ginge es nach Kanzler und Vizekanzler, sollte Rot-Grün also nach 2006 weiterregieren; die FDP als zumindest denkbarer Koalitionspartner war damit aus dem Spiel.

Johannes Rau wusste, was das für ihn bedeutete. Er hatte nun keine Chance mehr, in der Bundesversammlung mit den Stimmen der Liberalen wiedergewählt zu werden. An jenem Donnerstagabend sagte er endlich den Satz, auf den alle gewartet hatten: Er werde „für das Amt des Bundespräsidenten nicht noch einmal kandidieren“.

Der Koalition fehlte die Mehrheit in der Bundesversammlung, umso genüsslicher ließ sich die Kandidatendiskussion führen. Schröder hatte wenig zu verlieren. Einen Tag nach Raus Verzicht ließ er seinen Parteigeneral Olaf Scholz erklären, es sei „an der Zeit, dass eine Frau Präsidentin unseres Landes wird“.

Wenig später legten die Kanzler-Helfer nach. Man könne sich durchaus vorstellen, Rita Süssmuth zu wählen. Die frühere Bundestagspräsidentin ist in ihrer Partei eine liberale Außenseiterin. Genau das könnte sie attraktiv für die FDP machen, hofften die Rot-Grünen.

Merkel war entsetzt. Der Vorschlag sei „perfide“, sagte die CDU-Vorsitzende über Schröders Versuch, einen Keil zwischen Union und FDP zu treiben. Ihre Lage war alles andere als komfortabel: Die Gegner in CDU und CSU drängten auf eine möglichst rasche Entscheidung, doch der FDP-Chef blockte.

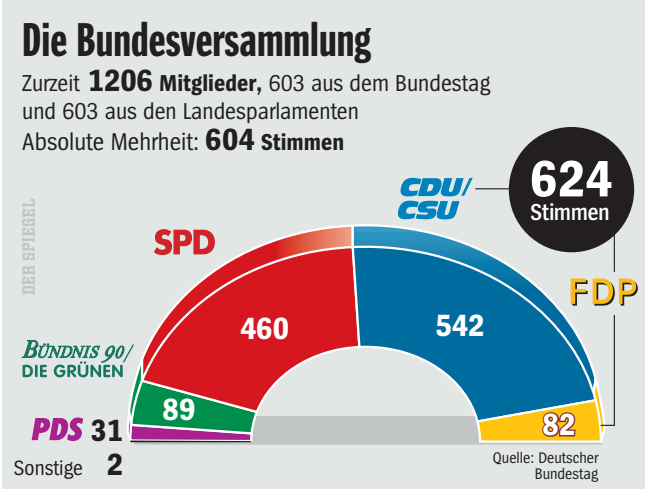
Immer neue Personen wurden genannt: mal der frühere Verfassungsrichter Paul Kirchhof, mal Klaus Töpfer, der Chef des Uno-Umweltprogramms. So kam Merkel erstmals auf die Idee, nach einem international profilierten Kandidaten Ausschau zu halten. Sie erinnerte sich an den Besuch von IWF-Chef Horst Köhler bei der Klausurtagung des CDU-Vorstands im Januar. Da hielt er ein Referat über Globalisierung. Merkel war beeindruckt.

Bei einem Vier-Augen-Gespräch Ende September bestand der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle darauf, die P-Frage erst Anfang 2004 zu beantworten. Merkels parteiinterne Gegenspieler erhöhten den Druck. „Ich glaube, dass Wolfgang Schäuble derjenige ist, auf den im Augenblick die Diskussion zuläuft“, verkündete Hessens Ministerpräsident Roland Koch. Und sein Kollege Stoiber aus München assistierte nur zu gern: „Er hätte den Mut, dem Land, das vor schwer wiegenden Veränderungen steht, Wege zu weisen.“

Anfang Dezember platzte die Hamburger Koalition aus CDU, FDP und Schill-Partei. Union und Liberale standen sich im Wahlkampf vorzeitig als Konkurrenten gegenüber. Westerwelle verlangte von Merkel, die Kandidatenentscheidung noch einmal zu verschieben – auf die Zeit nach den Neuwahlen in Hamburg.

Auch aus Hessen und Bayern waren die Nachrichten wenig ermutigend für Merkel. Koch ließ nicht locker. In einem Neujahrsinterview drängte er die Vorsitzende, „alles zu unternehmen, damit ein CDU-Kandidat Präsident wird“. Und damit keine Zweifel aufkommen konnten: Er sei „ganz klar“ für Schäuble.

Angela Merkel meldete sich umgehend bei Roland Koch. „Ist das klug, was Sie machen?“, wollte sie wissen und beantwortete ihre Frage gleich selbst: „Ich glaube nicht, dass es klug ist.“ Sie befürchtete, dass der Widerstand in der FDP mit jeder Unions-Äuße-



FRITZ REISS / AP

Scheidender Präsident Rau
Fehlende Mehrheit

rung zu Gunsten eines CDU-Kandidaten wachsen würde.

Die Merkel-Kritiker ließen nicht locker. Jede Empfehlung für Schäuble war ein Stich gegen die Chefin. Pech auch für den Genannten: Im politischen Leben kann dickes Lob das schmerzliche Aus bedeuten.

Aus dem verschneiten Wildbad Kreuth meldete sich am 7. Januar CSU-Landesgruppenchef Michael Glos zu Wort. „Meine persönliche Präferenz für das Amt des Bundespräsidenten ist Wolfgang Schäuble“, hatte er drei Tage vorher verkündet. Am Abend berichtete die „Tagesschau“, dass der Favorit von Glos als Gastredner zu den versammelten CSU-Bundestagsabgeordneten gesprochen habe.

Merkel rüffelte Glos am Telefon und verhinderte zumindest, dass Schäuble von der CSU-Landesgruppe zum Kandidaten ausgerufen wurde. Doch das Signal war auch so gesetzt. Die CSU hatte informell Schäuble nominiert – und damit der CDU-Chefin eine Vorgabe gemacht. Sie sollte springen – und stolpern. Das war das Kalkül. Der angeblich so geschätzte Kandidat flog nur als Spielball in die Höhe.

Westerwelle reagierte gereizt auf die Empfehlung aus der Union. Auch er stand unter gewaltigem Druck seiner Gegner in der Parteiführung, die forderten, er müsse unbedingt einen eigenen Kandidaten durchsetzen. Und so giftete der liberale Vormann beim Dreikönigstreffen seiner Partei in Stuttgart gegen die Union, um wenigstens die eigenen Leute ruhig zu stellen. Es gebe „keinen Automatismus“. Schließlich kenne er durchaus auch einige „vorzügliche liberale Persönlichkeiten“, die für das Präsidentenamt in Frage kämen.

Wenige Tage später traf sich die CDU-Spitze im Hamburger Dorint-Hotel zu einer Klausursitzung. Mit einem Trick wollte Merkel verhindern, dass die Präsidentenfrage Thema würde. Sie lud als Gastredner einen Demoskopen der Mannheimer „Forschungsgruppe Wahlen“ ein. Entgegen den Gepflogenheiten solcher Parteisitzungen bat sie ihn, doch gleich bis zum anschließenden Vorstandstreffen zu bleiben.

Es war bereits spät, als Merkel in die Runde blickte: „Wenn jetzt noch jemand etwas Dringendes sagen möchte, soll er es tun.“ Generalsekretär Laurenz Meyer schaltete sein Tischmikrofon ein. Ausgerechnet ihr treuester Paladin hatte nicht mitbekommen, dass eine Aussprache über den Bundespräsidenten das Letzte war, was Merkel in diesem Moment gebrauchen konnte. „Laurenz, mach kein Scheiß!“, pfiff ihn Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust zurück.

Merkel war sich inzwischen sicher, dass sie mit Schäuble bei den Liberalen keine Chance haben würde. Mitte Januar stimmten, wie zur Bestätigung, die FDP-Fraktionsvorsitzenden aus neun Bundesländern bei Sauerkraut und Rollbraten geschlossen gegen den früheren CDU-Chef.

STEPHANIE PILICK / DPA

FDP-Chef Westerwelle: *Druck von allen Seiten*

„Schäuble wollen wir nicht“, drohte der Hesse Jörg-Uwe Hahn und forderte: „Die FDP muss mit einem eigenen Kandidaten antreten.“

Er gab wieder, was viele in der Partei dachten. „Die FDP ist nicht dazu da, einen CDU-Bewerber in das Präsidialamt durchzuwinken“, empörte sich die FDP-Linke Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Der Parteipatriarch Hans-Dietrich Genscher erinnerte an 1949, als Theodor Heuss mit den Stimmen der Union gewählt wurde. Ein liberales Staatsoberhaupt sei das Meisterstück, das er von dem FDP-Vorsitzenden zwar nicht erwarte, aber doch zumindest erhoffe, sagte Genscher bei einem Treffen mit seinen früheren Mitstreitern Gerhart Baum und Günter Verheugen.

Westerwelle wollte am liebsten Fraktionschef Wolfgang Gerhardt nominieren. Wäre der Hesse Präsident – so sein Kalkül –, könnte er selbst Fraktionschef werden. Gerhardt? Ohne uns – das war allerdings die eindeutige Botschaft, die Westerwelle von einem Treffen mit Stoiber Anfang Februar in der Münchner Staatskanzlei mitnehmen konnte.

UMFRAGE: DIREKTWAHL

„Sollte der Bundespräsident künftig direkt vom Volk gewählt werden oder wie bisher von der Bundesversammlung?“

vom Volk **78 %**

21 % **von der Bundesversammlung**

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 2. bis 4. März; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“

Merkel testete unterdessen immer wieder die gleichen Namen. Ex-Verfassungsrichter Kirchhof – zu unpolitisch, aber als Kompromiss mit der FDP nicht von vornherein abzulehnen. Umweltfachmann Töpfer – unbeliebt bei der Parteirechten und der CSU, aber als Drohung in Richtung FDP durchaus zu gebrauchen. Die baden-württembergische Kultusministerin Schavan – zu katholisch für die FDP und zu kinderlos für die CSU. Siemens-Chef Heinrich von Pierer – als millionenschwerer Konzernboss schwer vermittelbar, obwohl die CSU den Manager aus München als Schäuble-Ersatz für besonders geeignet hielt. Horst Köhler vielleicht?

Drei Vorzüge machten ihn früh zum Favoriten: Er ist CDU-Mitglied, er ist Mann, und er ist weltweit angesehen. Merkel nahm Anfang des Jahres Kontakt zu ihm auf. Der Mann war klar, freundlich und sehr interessiert.

Ein zweiter Name überstand Merkels Test ebenfalls: Edmund Stoiber. Die FDP könnte den CSU-Parteivorsitzenden schwer ablehnen, hatte sie ihn doch vor zwei Jahren bereits als möglichen Kanzler einer schwarz-gelben Koalition akzeptiert. Merkel würde zudem ihren gefährlichsten Konkurrenten im Kampf um die Kanzlerkandidatur 2006 ausschalten. Einziges Risiko: Wäre Westerwelle, dessen Führungsstärke gar nicht schwach genug eingeschätzt werden kann, tatsächlich in der Lage, seine Truppen auf einen CSU-Mann einzuschwören?

Stoiber war für die CDU-Vorsitzende aus vielen Gründen der ideale Kandidat, doch Merkel rührte sich nicht. Ihre Verbündeten in der Parteispitze waren verärgert – und übernahmen selbst die Initiative. Wenige Tage vor der Hamburg-Wahl versuchten der Niedersachse Christian Wulff und Christoph Böhr aus Rheinland-Pfalz, Stoi-

MARC-STEFFEN UNGER

Unionsspitzen Schäuble, Merkel, Stoiber: *Instrument und letztlich auch Opfer*

ber zu überzeugen. Der blieb hart und sagte auch am Freitag, nach dem Rennen: „Ich habe nicht eine Sekunde über die Frage nachgedacht. Ich will gestalten."

Der Vorstoß ging nach hinten los, Stoiber war alarmiert. Er fürchtete, dass Merkel ihn in den Verhandlungen mit Westerwelle zwingen könnte zu kandidieren. Das wollte er mit allen Mitteln verhindern.

Am Tag der Hamburg-Wahl warb er ungeniert um die Liberalen und schlug einen unsittlichen Deal vor: „Wenn der Wechsel im Präsidentenamt gemeinsam mit der FDP gelingt", versprach Stoiber, „liegt es doch nahe, diese Personalfrage mit wichtigen inhaltlich-strategischen Fragen zu verbinden." Die „Welt am Sonntag", aus München ermuntert, jubelte voreilig auf ihrer Titelseite: „Union und FDP einig: Schäuble wird Bundespräsident."

Doch Merkel hielt nichts von dem Geschäft, und auch Westerwelle winkte säuerlich ab. Obwohl die FDP mit nur 2,8 Prozent aus der Hamburger Bürgerschaft flog, verlangten seine Stellvertreter Walter Döring, Rainer Brüderle und Andreas Pinkwart bei einer Präsidiumssitzung im Thomas-Dehler-Haus am vorvergangenen Sonntag, er müsse Schäuble unbedingt verhindern – und dafür sorgen, dass Gerhardt aufgestellt werde. Sie waren zutiefst verärgert über die Hamburger CDU, die unter Beusts Führung erfolgreich auf die absolute Mehrheit gesetzt hatte.

Alle spürten: Der Machtkampf um den Präsidenten war nun endgültig in die heiße Phase getreten. Am Tag nach der Hamburg-Wahl sagte Westerwelle im FDP-Vorstand, er rechne nicht mehr damit, „dass Schäuble als gemeinsamer Kandidat vertreten wird". Zeitgleich forderten die Merkel-Rivalen Roland Koch und Friedrich Merz im CDU-Präsidium ein Votum zu Gunsten von Schäuble. „Wer sich jetzt nicht meldet", sagte Merz, dessen Schweigen müsse als Zustimmung zu Schäuble gewertet werden. Wütend legte Merkel ihr

Stoiber fürchtete, dass Merkel ihn in den Verhandlungen zwingen könnte zu kandidieren.

Veto ein: „So geht das nicht." Man dürfe die Liberalen nicht vor die Situation stellen: „Vogel friss oder stirb!"

Genau das aber tat Stoiber. Aus München tönte er: „Das Ergebnis von Hamburg ist ein wichtiges Zeichen, dass man mit Fug und Recht erwarten kann, dass ein Unionskandidat auch von der FDP akzeptiert werden kann." Am Abend legte er nach: Es gebe „Signale aus der FDP", dass die Liberalen nicht auf einem eigenen Kandidaten bestünden. Im Berliner Konrad-Adenauer-Haus wurde Stoibers Politik so empfunden wie sie auch gemeint war: als Crashkurs gegen die FDP und gegen Merkel.

Am Dienstagmorgen war allen Beteiligten klar, dass es für Schäuble nicht langte. Dennoch wollten Merkel und Stoiber ihn im Gespräch mit Westerwelle offiziell vorschlagen. Die FDP sollte die Schuld übernehmen für das Scheitern des Mannes im Rollstuhl. Für den späteren Abend verabredeten sie ein Geheimtreffen.

Was sich dann abspielte, glich einem Agententhriller. Angela Merkel war um 19 Uhr im feinen Berliner Stadtteil Grunewald eingeladen. Unter einem achtstrahligen Kronleuchter der Maisonette-Wohnung von Ludolf-Georg von Wartenberg, dem Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, speiste sie mit Friedrich Merz und BDI-Chef Michael Rogowski zu Abend.

Draußen hatten sich ein paar Journalisten mit ihren Autos postiert, die darauf warteten, dass die CDU-Vorsitzende endlich aufbrach.

Um 21.18 Uhr schoss Merkels dunkelblauer 7er-BMW mit zugezogenen Seitengardinen aus der Tiefgarage, dahinter ein Dienstwagen ihrer Sicherheitsbeamten. Der graue Mercedes eines Privatfernsehsenders nahm die Verfolgung auf, weitere Journalistenautos schlossen sich an. An der nächsten Kreuzung stellte sich die Limousine der Personenschützer quer, doch dem Mercedes gelang es, über den Gehweg auszuscheren

und an Merkels Wagen dranzubleiben. Mit Tempo 100 rasten die Fahrzeuge durch die nächtliche Hauptstadt.

Sieben Minuten später hielt Merkels BMW vor einem gediegenen Altbau in Berlin-Charlottenburg, unter dessen Dach der FDP-Chef Guido Westerwelle wohnt. Eine gute halbe Stunde später stieß Edmund Stoiber hinzu – mit Blaulicht und scharfem Tempo ein paar rote Ampeln überfahrend.

Bei italienischen Antipasti unterbreiteten die Unionsspitzen dem Liberalen ihren wenig originellen Präsidenten-Vorschlag: Wolfgang Schäuble. Westerwelle lehnte ab und schlug seinerseits Wolfgang Gerhardt vor, was nun Merkel und Stoiber zurückwiesen. So ging es ein paarmal uninspiriert hin und her.

Vor allem die Vorsitzenden der beiden Christparteien belauerten einander argwöhnisch. Keiner wollte Schäuble fallen lassen. Die Union liebt den einstigen Zuchtmeister zwar nicht, aber seinen Mörder würden die meisten hassen.

Der Hausherr wich schließlich ins Nebenzimmer aus und ließ die Unionsgranden allein verhandeln.

Zum ersten Mal mussten die beiden Parteiführer über die Frage reden, die sie bislang sorgfältig vermieden hatten: Was tun, wenn die FDP Schäuble ablehnt? Merkel wollte mit Westerwelle über einen anderen Kandidaten reden – Stoiber wollte, dass die Union an Schäuble festhielt. Aber das sagte keiner von beiden offen. Parteifreunde reden miteinander oft wie Spitzendiplomaten, wolkig bis unscharf.

Die beiden spielten also Beamtenmikado – wer sich zuerst bewegt, hat verloren. Schließlich machte Stoiber den ersten Zug.

Mit Tempo 100 rasten die Fahrzeuge durch die nächtliche Hauptstadt.

Die Sache müsse in den Parteigremien besprochen werden, sagte er. „Wir haben doch bis zum 7. März Zeit“, fügte er hinzu. An diesem Tag sollten die Präsidien, also die obersten Führungsgremien der Parteien, gemeinsam tagen. Stoiber wusste, dass er seine Christsozialen geschlossen hinter sich hat und auch mehrere CDU-Politiker seine Position teilen würden – insgesamt sah er eine Mehrheit für den Kandidaten-Kandidaten Schäuble.

MARC DARCHINGER

Verlierer Merz: *Bitterer Machtkampf*

AXEL SCHMIDT / ACTION PRESS

Verlierer Koch: *„Mensch, Roland, das ist doch Trödelkram“*

Angela Merkel erkannte die Falle. Die Fortsetzung der Hinterzimmerschlacht auf offener Bühne war das Letzte, was sie nun gebrauchen konnte. Sie reagierte klug: Ihr CDU-Präsidium müsse sie schnell über den Verhandlungsstand informieren, sagte sie. Die Mitglieder hätten ein Anrecht auf zügige Konsultation. Im eigenen Führungsgremium, so ihr Kalkül, würde sie freie Hand bekommen für die weitere Suche nach einem gemeinsamen Unions-/FDP-Kandidaten.

Als Westerwelle nach 20 Minuten wieder zurückkehrte, präsentierte das Unionsduo seinen Minimalkonsens. Über andere Präsidentschaftskandidaten solle zwar nicht verhandelt werden, aber unverbindlich reden könne man ja trotzdem. Und vor allem eines interessierte die beiden: welche Namen der FDP-Chef denn zu bieten habe. Der Gastgeber offerierte seine Favoriten: Kirchhof, von Pierer, Köhler. Ob denn auch eine Frau in Frage komme, etwa Annette Schavan, wollte Merkel wissen. Westerwelle antwortete ausweichend.

Man verabredete danach ein neues Treffen für den folgenden Morgen um 10 Uhr in Merkels Büro. Die nächtens auf der Straße vor Westerwelles Haus lauernden Journalisten speiste eine sichtlich genervte CDU-Vorsitzende mit dem kärglichen Ertrag der Sitzung ab: „Es gibt das Ergebnis, dass ich jetzt nach Hause möchte.“

Eine Stunde vor dem zweiten Dreiergipfel erschien Stoiber zum Vorgespräch bei Merkel. Der CSU-Chef war gereizt. Er wusste, dass er keine Chance mehr hatte, die Union auf Schäuble festzulegen. Die Gremien müssten entscheiden, sagte er noch einmal. Doch die Handlungshoheit lag jetzt bei Merkel, seine CSU war nur noch Zaungast. „Es war jetzt Sache der CDU, diese strategische Frage zu entscheiden“, sagte er hinterher.

Stoiber willigte schließlich ein, gemeinsam mit der FDP einen Ersatzkandidaten zu suchen. Er nannte es „den dritten Weg“. Am Abend sollte eine Kompromisslösung gefunden werden.

CSU-Landesgruppenchef Michael Glos machte derweil Stimmung gegen CDU-Vize Schavan. Die lebe ohne Mann und habe keine Kinder, sagte er in Gesprächen mit mehreren Abgeordneten der CDU. Der Bundespräsident müsse aber ein Vorbild sein.

Am Abend trafen sich die Präsidien aller Parteien. Bei den Liberalen ging es fröhlich zu. Parteichef Westerwelle bekam Lob für seine Verhandlungsführung. Er hatte sein Ziel erreicht – Schäuble war verhindert. Der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Gerhardt erklärte seinen Verzicht auf eine Kandidatur. Er wolle der Einigung mit der Union „nicht im Wege stehen“. Hans-Dietrich Genscher empfahl, keine weiteren Namen zu nennen. „Jetzt ist die Union am Zug“, so der Altliberale.

Die CSU maulte. In München galt Schäuble immer noch als erste Wahl, zumindest offiziell. „Wieso nehmen wir eigentlich einen ehemaligen Staatssekretär und nicht seinen Chef“, lästerte Parteivize Horst Seehofer über den Merkel-Favoriten Horst Köhler. Generalsekretär Markus Söder stichelte vor der Presse: „Jetzt ist Führung in der CDU gefragt und nicht bloße Taktik.“

Unterdessen tobte im 5. Stock des Konrad-Adenauer-Hauses bereits der offene Machtkampf zwischen Merkel und ihren parteiinternen Gegnern. Roland Koch, Friedrich Merz und der sächsische Mi-

nisterpräsident Georg Milbradt wollten an Schäuble festhalten. „Wir sind in einer Koalition mit der FDP“, sagte Koch. Daher dürfe keiner der Partner dem anderen bei Personalfragen hineinreden. Die CDU, so das Fazit des Hessen, solle folglich für Schäuble streiten.

Bei dieser Logik Kochs platzte selbst dem ruhigen Ole von Beust der Kragen. „Mensch, Roland“, rief der Wahlsieger von Hamburg, „das ist doch Tüddelkram, was du da erzählst.“ Welche Koalition mit der FDP? Auch andere schüttelten den Kopf.

„Wir haben keine Koalition“, erklärte Merkel schließlich kühl. Deshalb könne man den Liberalen auch keine Kompensation anbieten.

Peter Müller meldete sich zu Wort: „Mein Gefühl sagt mir, dass wir uns das von einer kleinen Partei nicht bieten lassen können“, beharrte der saarländische Ministerpräsident. Schäuble selbst unternahm einen letzten Versuch, für seine Nominierung zu werben. In einem längeren Beitrag redete er gegen eine Suche nach Ersatzkandidaten: „Wenn wir das tun, werden wir die unzuverlässigen Elemente in der FDP stärken.“

„Ganz grundsätzlich“ gelte es, über das Wesen und die Belastungsfähigkeit von Koalitionen nachzudenken. Er glaube nicht, so Schäuble, dass es sinnvoll sei, sich wichtige Entscheidungen vom kleinen Partner diktieren zu lassen. Das Wort „Bundespräsident“ nahm er nicht in den Mund.

Ein vergebliches Plädoyer. Gegen das Votum von Koch, Merz und einigen anderen beschloss die Runde, nach einem neuen Kandidaten zu suchen. Man brauche noch Zeit, sagte Merkel in einer Telefonschaltkonferenz um Mitternacht mit Stoiber und Westerwelle.

„Mein Gefühl sagt mir, dass wir uns das von einer kleinen Partei nicht bieten lassen können.“

Danach wurde eine Liste mit drei Namen erstellt – für die CDU-Vorsitzende ein ausreichender Spielraum. Aus Trotz setzten die CDU-Präsiden Klaus Töpfer an die Spitze, Annette Schavan, die Zweitplatzierte, stieß in der CSU und auch bei den Liberalen sogleich auf Vorbehalte – während Horst Köhler auf Platz drei landete.

Ein Name, der Edmund Stoiber plötzlich zu elektrisieren schien: Er wolle jetzt einen „Champion auf einem anderen Sektor“, keinen Politiker mehr, dozierte der Bayer

„Karriere ohne Quote“

Die Kandidatin des Kanzlers war einst seine Gegnerin.

Gerhard Schröder hatte ihr Geld versprochen. Vor einiger Zeit war er von der Professorin gebeten worden, ihre Europa-Universität in Frankfurt (Oder) zu unterstützen. Doch das avisierte Geld kam nicht.

Vor drei Wochen fuhr Gesine Schwan, 60, ins Kanzleramt. Sie wollte Dampf ablassen. Aber Schröder vertröstete sie auf den 15. März. Dann könne man in Ruhe reden.

Wenn die Uni-Präsidentin nächste Woche den Termin wahrnimmt, kommt sie nicht mehr als Bittende, sondern als Schröders Frau Kandidatin.

Boston, am vergangenen Mittwoch, 16 Uhr Ortszeit. Gesine Schwan schlendert über den Campus der Harvard-Universität, als ihr Handy klingelt. Der Kanzler trägt ihr überraschend die Kandidatur für Schloss Bellevue an. „Ich würde mich sehr freuen, wenn du das für uns machst“, kommt er gleich zur Sache. Schwan wollte gerade ins „Center for Public Leadership“.

Zuvor hatte Schröder im Koalitionskreis daran erinnert, dass es mit seiner Kandidatin früher viel Ärger gab. Schon 1977 gehörte die Marxismus-Forscherin der Grundwertekommission ihrer Partei an. Doch als sie es wagte, die Haltung der SPD zum Nato-Doppelbeschluss zu kritisieren, und Willy Brandt persönlich angriff, verbannte der Vorstand sie 1984 aus der Kommission – einmalig in der SPD-Geschichte. Schwan hatte Brandt vorgeworfen, die Ostblock-Diktatoren zu hofieren. Zu den Gegnern der Parteirechten gehörte auch der junge Schröder.

In der SPD der achtziger Jahre rückte sie immer stärker an den rechten Rand. Doch anders als ihr Mann, der 1989 gestorbene Politikwissenschaftler Alexander Schwan, trat sie nie aus. Lieber blieb die Frau mit den Löwenlocken der SPD als Dauerkritikerin treu. Partei-Vize Wolfgang Thierse holte sie 1996 zurück in die Grundwertekommission.

Auch Schröder suchte als Regierungschef rasch die Nähe der eigensinnigen Professorin. Im Kanzleramt sprachen sie über die Bildungspolitik oder das deutsch-polnische Verhältnis. Nun will er die Berlinerin, die fließend Polnisch spricht, als weltgewandte Grenzgängerin im Jahr der EU-Osterweiterung präsentieren.

Mit Kandidaturen hat Schwan Erfahrung. Vor fünf Jahren ging sie ins

MICHAEL TRIPPEL / OSTKREUZ

Universitäts-Präsidentin Schwan
„Für bessere Laune im Land sorgen“

Rennen um die Präsidentschaft der Freien Universität Berlin. Auch damals war sie Außenseiterin – und verlor gegen einen Mann. „Ich bin keine Frauenfrau. Ich habe meine Karriere ohne Quote gemacht“, hatte sie in Diskussionen betont. Damals. Jetzt wollte ihre Partei auf jeden Fall eine Frau.

Für eine „offene, nicht ganz so schwierige Demokratie“ möchte sie die nächsten Monate werben. Sie wünscht sich mehr Freundlichkeit und will, ja, „für bessere Laune im Land sorgen“. Die Deutschen sollten „nicht so miesepetrig“ sein, sagt sie und schickt ein turbulentes Lachen hinterher.

Da verwundert es kaum, dass sie selbst durchaus Chancen sieht, am 23. Mai erste Bundespräsidentin zu werden. Es sei ihr oft gelungen, vernünftige Menschen für sich zu gewinnen, sagt sie und rechnet vor: Union und FDP haben 20 Stimmen über der absoluten Mehrheit in der Bundesversammlung – die und noch einige mehr müsse sie eben überzeugen.

So oder so wird sich die Kandidatur für Gesine Schwan auszahlen. Das erhoffte Stiftungskapital für die Europa-Universität kann ihr der Kanzler jetzt kaum mehr ausschlagen.

Markus Feldenkirchen

in der Telefonschaltung um ein Uhr nachts, denn den würde jeder mit Schäuble vergleichen. Merkel war zufrieden. Um kurz nach ein Uhr verkündete sie schließlich der übermüdeten Präsidiumsrunde: „Ich habe den Spielraum genutzt, den Sie mir gegeben haben.“ Köhler war nominiert.

Für niemanden war das Ergebnis des vorangegangenen Machtkampfes so bitter wie für Schäuble, der das Instrument und damit letztlich auch das Opfer zweier Männer war, die nun ebenfalls als Verlierer aus dem Präsidentengeschacher hervorgingen: Koch und Stoiber. Beide werden diese Schlappe nicht vergessen

Sie lauern nun auf erste Fehltritte vom Präsidentschaftskandidaten der CDU-Vorsitzenden. Der Mann hat seit knapp sechs Jahren nicht mehr in Deutschland gelebt. Sie hat ihn durchgesetzt und ihr Schicksal daran geknüpft, dass aus dem Spitzenbeamten ein gutes Staatsoberhaupt wird. Wird er es nicht, liegt die Verantwortung bei ihr.

Andererseits ist, noch bevor der neue Star das Land betreten hat, auch schon

Roland Koch und Edmund Stoiber werden Angela Merkel diese Schlappe nicht vergessen.

eine Annäherung in Gang gekommen. Stoiber etwa erinnerte daran, dass er Köhler bereits 1990 unterstützt hatte, als er dem damaligen Chef der Osteuropabank in London den Vorstandsvorsitz der Bayerischen Landesbank antrug. „Jetzt sind Sie sogar ein noch viel größerer Präsident“, gratulierte ihm der bayerische Regierungschef am vergangenen Donnerstag.

Doch es gibt noch einen, der Köhler als Verbündeten gut gebrauchen kann: der Kanzler. Ein Präsident, der auf eine Modernisierung des Landes dringt, dürfte auch für Schröder von hohem Nutzen sein. So viele Mitstreiter hat er nicht mehr, als dass er auf den Mann im Schloss Bellevue verzichten könnte.

Persönlich harmonieren die beiden ohnedies gut miteinander. Nach der Nominierung vermied der regierende Sozialdemokrat jedes kritische Wort über den IWF-Chef. Er habe an „seiner fachlichen Kompetenz nicht das Geringste auszusetzen“, flötete der Kanzler. Köhler ist zwar CDU-Mitglied, gilt aber als unabhängig. Nicht ausgeschlossen, dass so aus Merkels noch Schröders Präsident wird.

Einige Strategen im Adenauer-Haus sehen die Gefahr, dass der Mann ihr abhanden kommt. Merkel widersprach. In kleiner Runde versuchte sie, alle Zweifel an Köhlers Loyalität zu zerstreuen: „Er weiß, wo er hingehört.“

Petra Bornhöft, Konstantin von Hammerstein, Ralf Neukirch, Hartmut Palmer, Dietmar Pieper, Christoph Schult, Gabor Steingart

Der Herr der Zahlen

Zur Ungeduld neigend und häufig auch aufbrausend, aber immer bescheiden: Der Präsidentschaftskandidat Horst Köhler könnte ein unbequemes Staatsoberhaupt werden.

Er kommt herein und leuchtet. Er lacht, er grinst, er tritt von einem Bein aufs andere. Es geht ihm prächtig. Er darf Bundespräsident werden.

Horst Köhler steht vor der Presse in Washington und freut sich. Er ist oft als „jungenhaft“ beschrieben worden. Jetzt wirkt er wie ein Kind, das ein Geschenk bekommen hat, mit dem es nie und nimmer rechnen konnte. So ist es ja auch.

Er sagt jetzt all die Dinge, die er nicht vergessen darf: dass er mit einem weinenden Auge diese wunderbare Institution mit ihren wunderbaren Menschen verlässt und dass er hier in Washington „bescheidener, offener und neugieriger geworden“ ist. Er sagt, dass er sich dem Amt des Bundespräsidenten gewachsen fühlt und jede Menge „internationale Erfahrung“ mitbringt.

Er hält diese kleine Rede kurz nach 14 Uhr in Washington. In Deutschland ist es kurz nach 20 Uhr. Es ist Donnerstag, die Nation weiß seit dem Morgen, dass sich Union und FDP auf den Kandidaten Horst Köhler, 61, geeinigt haben.

Horst Köhler?

Ein Mann, der sich in Washington irgendwie um die Weltwirtschaft kümmert. Ein Mann, der in Deutschland für Wirtschaftsfragen zuständig war. Viel mehr wird bis zum Abend nicht bekannt.

Kurz vor dem Ende der „Tagesschau“ taucht er plötzlich auf. Die ARD hat live nach Washington geschaltet, überträgt Köhlers knappe Ansprache. Die Nation erfährt, dass er „Veränderung“ will – „nicht nur in der Wirtschaft“. Dann blendet sich die „Tagesschau“ aus. Es folgt das Wetter.

Die Nation bleibt ratlos zurück. An erster Stelle, haben die Deutschen erfahren, steht für Horst Köhler die Ökonomie. Aber was kommt dann? Was will der mutmaßlich nächste Präsident noch verändern? Hat er eine Kompetenz, die über Wirtschaftsfragen hinausgeht?

Selten war ein Kandidat für ein hohes Staatsamt so unbekannt. Selten war das, wofür er eine Reputation hat, so einseitig auf ein Gebiet konzentriert. Den Deutschen steht in den nächsten Tagen und Wochen eine Entdeckungsreise bevor. Gesucht wird der Mann, der sich hinter dem Namen Horst Köhler verbirgt.

Seit 1998 hält er sich im Ausland auf, so dass ihm seine Heimat zwangsläufig fernrücken musste. Er legte in Berlin allenfalls Zwischenstation ein auf seinen zahllosen Reisen in die Geber- und Problemländer des Internationalen Währungsfonds (IWF) und besuchte regelmäßig seine beiden Kinder, die in Deutschland leben.

Er bat um Termine bei Kanzler Gerhard Schröder, der ihn in Washington installiert hatte, und schaute vorsorglich bei Angela Merkel vorbei, so dass sie nun behaupten kann, es bestehe lange schon ein vertrauensvolles Verhältnis. Doch im Grunde drehte er große Pirouetten im Schatten der Weltmacht Amerika und verpasste so die vielen kleinen Pirouetten der rot-grünen Regierung, ohne sie zu vermissen.

DER SPIEGEL

Die Bundespräsidenten

	Theodor Heuss, FDP		Heinrich Lübke, CDU		Gustav W. Heinemann, SPD
frühere Position	Mitglied des Parlamentarischen Rates		Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten		Justizminister
Amtszeit	1949 – 1959		1959 – 1969		1969 – 1974
abgegebene Stimmen	416 von 800	871 von 987 Wiederwahl	526 von 1033	710 von 1024 Wiederwahl	512 von 1023
Wahlgang	2.	1.	2.	1.	3.
Hauptgegenkandidat	Kurt Schumacher, SPD	Alfred Weber, SPD	Carlo Schmid, SPD	Ewald Bucher, FDP	Gerhard Schröder, CDU